

Grenzüberschreitender Naturschutz – der Deutsch-Polnische Internationalpark^{*)}

Erschienen in:

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (12), 139-142

^{*)} Vortrag gehalten auf dem Afrikatag der Humboldt-Universität Berlin (HUB) am 16.09.2015 auf dem Workshop „Transboundary Protected Areas: Potential, Limitations and Effective Approaches for Future Development“

Viele Staaten vernachlässigen ihre Rand- und Grenzregionen in wirtschaftlicher Hinsicht. Auch sind die politischen Grenzen häufig an geologischen orientiert, beispielsweise an Gebirgszügen oder Flüssen, die sich nicht immer so ohne weiteres erschließen lassen. Jedenfalls gibt es fast überall Beispiele auf der Welt für aneinander angrenzende Naturschutzgebiete und Nationalparke, die man, jedenfalls mit ein bisschen Optimismus, auch grenzüberschreitend nennen kann.

Das erste grenzüberschreitende Naturschutzgebiet wurde 1914 von Schweden und Norwegen gegründet. 1932 folgten die Vereinigten Staaten und Kanada mit zwei grenzüberschreitenden Nationalparks, dem „International Peace Garden“ in Manitoba und North Dakota und dem „Waterton Glacier International Peace Park“ in Alberta und Montana. Einen neuen Aufschwung nahm die Idee grenzüberschreitender Naturschutzgebiete im südlichen Afrika mit dem „Great Limpopo Transfrontier Park“, zu dem sich Südafrika, Mosambik und Simbabwe zusammengefunden haben und der noch viel größeren „Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area“ (KAZA), bei dem Angola, Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe bei Schutz und Entwicklung von 444.000 km² kooperieren. Diese großartigen Pläne existieren aber bisher ganz überwiegend auf dem Papier und werden durch die in erschreckendem Maße zunehmende Wilderei, gerade auf Elefanten und Nashörner, konterkariert.

Auch in Deutschland gibt es grenzüberschreitende Schutzgebiete, nicht nur zwischen den einzelnen deutschen Bundesländern, beispielsweise im Harz, sondern auch zwischen Deutschland und den Nachbarländern. Will man nur die entsprechenden Nationalparke in Deutschland aufzählen, so wären da der Bayerische Wald / Böhmer Wald zu nennen und die Nationalparke Sächsische und Böhmisches Schweiz oder auch das Untere Odertal, obwohl dort auf polnischer Seite bisher noch kein Nationalpark, sondern nur ein Landschaftsschutzpark angrenzt, ein Zustand, der für die weitere Entwicklung nicht unproblematisch ist.

Nationalparke in Grenzlage und erst recht grenzüberschreitende Nationalparke öffnen also Chancen für wirtschaftlich häufig eher benachteiligte Regionen, vor allem aber auch für den Naturschutz selbst. Außerdem geben sie die Möglichkeit zu einer nicht uninteressanten, völkerverbindenden Naturschutzarbeit.

Von Anfang an war klar, um die Entwicklung im Odertal nachzuzeichnen, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Erweiterung der Europäischen Union nach

Osten im unteren Odertal nur ein grenzüberschreitendes Schutzgebiet infrage kommen konnte. Aus dieser Einsicht heraus legten die Professoren Michael Succow und Mieczysław Jasnowski 1991 eine Studie vor, die die Schutz- und Nationalparkwürdigkeit des Unteren Odertals glaubhaft machen sollte, ein Gebiet, das zwar für das Nationalparkprogramm der DDR vorgesehen war, aber wegen fehlender Vorbereitungszeit dort nicht mehr aufgenommen werden konnte. Das Nationalparkprogramm, beschlossen auf der letzten Kabinettsitzung der ersten und letzten frei gewählten DDR-Regierung, fand also ohne das untere Odertal statt. Es musste nachgearbeitet werden. Das geschah noch mit einer einstweiligen Sicherung des letzten DDR-Umweltministers Michael Steinberg, zumindest für den Teil des Gebietes, das Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung (FIB) war, vor allem aber nach neuem, deutschen Recht mit der einstweiligen Sicherung des Gebietes für einen Nationalpark im Jahre 1992.

Wichtiger als diese einstweilige Sicherung, eine Verordnung des zuständigen brandenburgischen Umweltministers, war aber noch die Fördermittelbeschaffung im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes von gesamtstaatlicher repräsentativer Bedeutung beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), auch bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der Europäischen Union (LIFE). Diese finanzielle Förderung war in den Aufbruchsjahren gleich nach der Wiedervereinigung relativ leicht zu erhalten, und sie hatte in ihrem gesamten Volumen von damals knapp 40 Millionen Euro, neben dem finanziellen, auch einen politisch stabilisierenden Wert, weil die politischen Entscheidungsträger der bereits vereinnahmten und noch ausstehenden Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes und der DBU nicht verlustig gehen wollten.

Die grenzüberschreitende deutsch-polnische Zusammenarbeit begann früh, gleich nach Veröffentlichung der Studie, die ja schon im deutsch-polnischen Einvernehmen erstellt worden war. Die zuständigen Körperschaften Brandenburgs, die brandenburgische Landesregierung und in Polen die zuständige Wojewodschaft Westpommern stellten jeweils Verhandlungsdelegationen zusammen, die sich regelmäßig und auf wechselseitigem Territorium trafen und zunächst recht förmlich mit Nationalflaggen gekennzeichneten Delegationsplätze einnahmen. Immerhin wurden 1992 zwei gemeinsame Erklärungen von dem deutschen und polnischen Umweltminister unterzeichnet, ein grenzüberschreitender Internationalpark konstituiert und zu seiner Begleitung ein regelmäßig tagender deutsch-polnischer Programmrat ins Leben gerufen, der aber in den letzten Jahren aus mangelndem Interesse nicht mehr getagt hat. Schon daraus lässt sich ablesen, dass sich auch im Naturschutz die deutsch-polnische Zusammenarbeit als nicht völlig unproblematisch darstellt.

Zunächst aber war über viele Jahre hinweg die Zusammenarbeit der Naturschützer geradezu freundschaftlich. Mit den Brüdern Dr. Wojciech und Przemysław Zyska und Frau Blandyna Migdalska saßen erklärte Naturfreunde am Verhandlungstisch, auf deutscher Seite mit dem Leiter des brandenburgischen Aufbaustabes, Dr. Ansgar Vössing und dem Vertreter des Umweltministeriums, Dr. Georg Moskwa, ebenfalls zwei ausgewiesene Naturschutzexperten.

Die politischen Rahmenbedingungen konnten aber auch sie nicht ändern. Deshalb ist es bis heute, trotz vielfacher Versuche, nicht gelungen, auch den polnischen Teil des Schutzgebietes als Nationalpark auszuweisen. Bisher ist er nur als Landschaftsschutzpark geschützt. Eingriffe in den Naturhaushalt sind daher leichter

möglich und drohen jetzt auch, wo die Weltbank im Juli 2015 beschlossen hat, mit einem großen Förderprojekt das Oder- und Warthegebiet zu meliorieren, was aller Erfahrung nach dem Naturschutz weit mehr Schaden als Nutzen bringt (s. Beitrag MAIER & WOLTER auf Seite 183).

Im polnischen Teil des Schutzgebietes (rund 6.000 Hektar) wurde nämlich seit Kriegsende die Nutzung weitgehend aufgegeben, die wasserbaulichen Anlagen verfielen und das Oderwasser konnte ungehindert und entsprechend dem aktuellen Wasserstand ein- und ausströmen. Es entwickelte sich in einem ursprünglich auch gepolderten, als Wiese und Weide genutzten Agrargebiet, wieder eine sekundäre Wildnis, eine Wildnis aus zweiter Hand im Herzen Mitteleuropas, vor den Toren Stettins und auch nicht weit von Berlin entfernt. Die Förder- und Kreditmittel der Weltbank könnten diese sekundäre Wildnis nun gefährden, selbst wenn man die neu entstehenden Agrargebiete nur extensiv bewirtschaftet.

Der Charme des Nationalparks Unteres Odertal liegt nämlich darin, dass er hälftig sich selbst überlassen wird (Totalreservat, Sukzessionsgebiet, Wildnis), zur Hälfte aber extensiv bewirtschaftet werden soll, um auch einigen Kulturfolgern unter den Wiesenbrütern, beispielsweise dem Seggenrohrsänger (*Acrocephalus paludicola*) und dem Wachtelkönig (*Crex crex*), weiterhin eine sichere Heimstadt zu gewähren. Diese hälftige Nutzung als Wildnis und Artenschutzfläche widerspricht zwar den IUCN-Richtlinien für einen Nationalpark (75 % müssen Sukzessionsfläche sein), machen unter den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Unteren Odertals zurzeit aber durchaus Sinn.

Ursprünglich war sogar daran gedacht, die Totalreservate überwiegend auf polnischer Seite zu lokalisieren, da dort ohnehin seit 60 Jahren sekundäre Wildnis zu finden war, aber schließlich hat sich Brandenburg nach einem längeren Erkenntnisprozess doch bereitgefunden, auch auf seinem Gebiet das 50 Prozent-Ziel für Wildnis zumindest in den Plan zu nehmen und in einem entsprechenden Flurneuerungsverfahren zu versuchen zu erreichen. Auf der anderen Seite besteht wohl nun die Gefahr, dass Polen versuchen könnte, im Gegenzug einen Teil seines bisherigen Wildnisgebietes wieder in eine, wenn auch extensiv genutzte Landwirtschaftsfläche zu verwandeln.

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf der Funktionärebene verlief eigentlich immer ordentlich, litt aber daran, dass auf polnischer Seite die zuständigen Mitarbeiter der Wojewodschaft, des Marschallamtes und des Warschauer Umweltministeriums in hohem Tempo und häufig vollzählig wechselten, da jede Wahl die jeweilige Opposition an die Macht brachte und die neue Regierung, nicht nur die politischen Spitzen, sondern auch häufig die Verwaltungen austauschte. Stabile Beziehungen konnten sich nicht mehr entwickeln, seitdem die langjährige Leiterin des Schutzgebietes auf polnischer Seite, Frau Dr. Blandyna Migdalska, in den vorzeitigen Ruhestand geschickt worden war.

Aber auf der Ebene der Vereine und Verbände fehlt auf polnischer Seite für die auf deutscher Seite sehr aktiven ein verlässlicher Ansprechpartner. Die Zivilgesellschaft ist in Polen auch im Natur- und Umweltschutz kaum ausgeprägt, vor allem nicht in der Grenzregion, die bis Kriegsende hundertprozentig deutsch besiedelt war und ebenso hundertprozentig vertrieben und wiederum durch Vertriebene aus Ostpolen ersetzt wurde. Etwas Vergleichbares wie die Nationalparkstiftung, den

Nationalparkverein oder die Internationalpark GmbH gibt es auf polnischer Seite leider nicht.

Immer wieder aber gibt es rege, nicht nur wissenschaftliche Kontakte. Mal kann die eine Seite verhindern oder zumindest verzögern, was auch die andere Seite für den Naturschutz abträglich hält, mal die andere. Häufig ist es in der Vergangenheit gelungen, sich dabei sozusagen die Bälle zuzuspielen. Doch bestätigt sich auch hier die Erkenntnis, wenn das nötige Geld in der öffentlichen Hand vorhanden ist, wird es auch investiert, und der Naturschutz hat in den Hintergrund zu treten.

Es würde hier zu weit führen, in alle Verästelungen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Unteren Odertal einzusteigen. Die staatlichen Verwaltungen haben grenzüberschreitend in letzter Zeit gemeinsame Förderanträge für EU-Mittel gestellt, die bevorzugt positiv beschieden werden. Mit dem Geld ist vor allem die deutsch-polnische Besucherinformation verbessert worden. Beim Fördermitteleinwerben ziehen beide Seiten jedenfalls an einem Strang, sonst gibt es nämlich kein Geld.

Ansonsten wird wohl erst einmal die Zukunft zeigen müssen, wie ernst beide Seiten den Naturschutz nehmen. Auf deutscher Seite gibt es insofern eine Besonderheit, als die Flächen zu großen Teilen dem Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e.V. (Nationalparkverein) gehören, der diese in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts mit Fördermitteln des Landes Brandenburg und der Bundesregierung Deutschland gekauft haben. Damit ist der größte Teil des Gebietes in Besitz von gemeinnützigen Organisationen, die unabhängig von staatlichen Einflüssen und regionalen, politischen Interessengruppen diese Flächen zum Nutzen der Natur langfristig verwalten können. Zwar ist der Brandenburgischen Landesregierung das private, bürgerschaftliche Engagement von Verein, Stiftung und GmbH suspekt und lästig, deshalb versucht die Landesregierung auch die nichtstaatlichen Einflüsse im Unteren Odertal soweit wie möglich zurückzudrängen, aber als ein im Grundbuch eingetragener Grundeigentümer werden Verein und Stiftung, die personell und finanziell völlig unabhängig von der brandenburgischen Politik agieren können, nicht so schnell und einfach gleichgeschaltet werden können. Dieser unabhängige, ehrenamtliche Naturschutz ist vielleicht die größte Besonderheit und die beste Garantie dafür, dass auch langfristig der Naturschutz auf großer Fläche im Unteren Odertal Vorrang hat, jedenfalls auf deutscher Seite.

Literatur

Maier, S. und C. Wolter (2015): Entwicklungen und Planungen zu Stromregelung und Hochwasserschutz an der Mittleren und Unteren Oder, In: Vössing, A. (Hrsg.) Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (12), 183-191, Nationalparkstiftung Unteres Odertal, Schloss Criewen, Schwedt/O.

Anschrift des Verfassers:

DR. ANSGAR VÖSSING

Nationalparkstiftung Unteres Odertal, Vorstand

Schloss Criewen

16303 Schwedt/Oder

Nationalparkstiftung@Unteres-Odertal.info